

Berantworter, Redakteur: R. D. Käbler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzelte oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 15. Oktober 1898.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haesfeld & Vogler, G. L. Daube, Einwahldiant, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Altes, Halle a. S. Julius Vater & Co., Hamburg Joh. Nothofer, A. Steiner, William Wiltens, J. Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Copenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Die Vorgänge in Frankreich.

Um Überraschungen fehlt es in Frankreich nicht und wenn gemeldet wird, daß in Paris die Aufregung forgiest steigt, so ist dies nicht zu verwundern. Die Bevölkerung steht unter dem Eindruck der allarmirenden Meldungen vom Militärkomplott; die Aufregung ist um so größer, als die Regierung durch Vermeidung aller Deutlichkeit anerkennt, daß die Angelegenheit einen reellen Hintergrund besitzt. Zurlinden gilt als der Mann des geplanten Staatsstreichs, weshalb man Maßregeln gegen ihn erwartet, die aber bisher ausblieben. Der Ministerrat bleibt in Permanent. Allerlei unkontrollierbare Gerüchte über bevorstehende Generalsverhaftungen laufen um und steigern die Erregung. Die Generalstabsprese macht übrigens aus den Staatsstreichsplänen der Heeresleitung kein Hehl und begriift dieselben mit offener Sympathie. Die bisherige Untersuchung in der Dreyfus-Revision belässt furchtbare die Generale Mercier, Boisdeffre, Gonie, Bellieu und Billot, welche geradezu als Misschlüsse Esterhazys, Du Patys und Henry erscheinen, weshalb ihr Plan, die Untersuchung durch einen Gewaltakt niederzuwürgen, allgemein Glauben findet. Die Hauptstadt befindet sich in einem förmlichen Belagerungszustand, alle Bahnhöfe sind militärisch belegt und Patrouillen durchziehen fortwährend die Straßen, wodurch die Beunruhigung erhöht wird.

Die gemäßigten Abendzeitungen wollen an die Staatsstreichgerüchte nicht glauben und meinen, man habe Drahtungen von Generälen, die sich auf die durch den Ausstand veranlaßten Truppenbewegungen bezogen, mißverstanden. Im Ministerium des Innern verweigert man jede Auskunft und will die aufrregenden Meldungen der gestrigen Morgenzeitungen weder widerlegen noch bestätigen.

Man erklärt im Kriegsministerium die ganze Geschichte für eine freie Erfindung. General Chanoine habe nicht beabsichtigt, gestern Paris zu verlassen und er habe seine Pläne nicht zu ändern brauchen. "Droits de l'homme" behaupten dagegen, ein vielgeehrter General sei neulich in Brüssel gewesen, um sich mit dem Prinzen Victor zu vertrauen, und diese Steife hänge mit dem angeblichen Staatsstreichplane zusammen. Die öffentliche Meinung weiß sicherlich nicht, was von alledem zu halten sei und verröhrt die Unruhe, die man notwendig empfindet, wenn man steuerlos treibt. Der Ausstand der Eisenbahneute macht sich noch in keiner Weise fühlbar, der Betrieb ist nirgendwo gestört.

In politischen Kreisen werden die komplottgerüchte ziemlich skeptisch aufgenommen. Es sei möglich, daß einige Generale in der Erregung über die Angriffe der Blätter eine unbefriedigte Beweckung finden ließen, aber daß diese Generale ernstlich mit dem Gedanken eines Komplotts oder mit Staatsstreichplänen umgehen sollten, sei sehr unwahrscheinlich. Der Senator Wallon erklärte einem Interviewer, er halte diese Gerüchte für vollständig unbegründet.

Die "Liberie" behauptet, in Folge der Konferenz des Ministerpräsidenten Brijson mit dem Unterrichtsminister Bourgeois sei das Gericht verbreitet, Brijson beabsichtige die Meldung zu veröffentlichen, die Regierung habe von einer geheimen Korrespondenz Kenntnis erhalten, welche zwischen dem Prinzen Victor Napoleon und dem General Boisdeffre gewechselt worden sei, auch General Zurlinden sollte kompromittiert werden, doch habe Brijson hierfür nicht die Mittel des Kriegsministers erlangen können.

Die "Agence nationale" veröffentlicht folgende Note des Kriegsministeriums: Wir sind ermächtigt, die Blättermeldung betreffs eines angeblich angezeigten Militärkomplots zur Ausführung eines Staatsstreichs formell zu demontieren. Der Kriegsminister habe seineswegs abreisen wollen, er werde heute dem Ministercne beimwohnen. Das auswärts verbreitete Gericht von einer Verhaftung des Generals Zurlinden und zweier anderer Generale entbehrt der "Agence Havas" aufzugebene Begründung.

### Aus dem Reiche.

Der Großherzog von Baden auf seiner Rückreise nach Berlin am Mittwoch in Breslau dem Kardinal Kopp einen halbstündigen Besuch ab. — Vier Ehrendoktoren, die vor 50 Jahren unter dem Rector von Johannes Müller und dem Dekanat von Jüngfern an denselben Tage promovirt hatten, wurden heute durch die Erneuerung des Diploms von Seiten der Berliner medizinischen Fakultät ausgezeichnet. Es sind die Geh. Sanitätsräthe Dr. Dreher zu Recklinghausen, Dr. Strauß in Barmen, Sanitätsrath Dr. Tietje zu Werder und Dr. L. Rosenthal in Magdeburg. — Dem Vernehmen des "Kreis-Ztg." zufolge ist der Superintendent Oberpfarrer Pfeiffer in Lübben, bisher in Küstrin, zum stellvertretenden Generalsuperintendenten des Markgrafschafts Niedersachsen ernannt worden. — Der Gehalt der vorjährigen sächsisch-thüringischen Industrie- und Gewerbeausstellung beträgt rund 619 000 Mark. Der Rat von Leipzig hat nach einer den Stadtvorordneten zugegangenen Vorlage beschlossen, zur Deckung dieses Gehaltbetrages aus städtischen Mitteln eine Belüftung von 400 000 Mark zu gewähren. In diese Belüftung wurde der zum Garantienfonds gezeichnete Betrag von 250 000 Mark, wovon 100 000 Mark a. fonds perdu gegeben waren, einzurechnen sein. Wenn die Stadtvorordneten dem Stadtschluss beitreten, dann würde unter Abrechnung der als Auge gezeichneten Belüftung noch ein Gehaltbetrag von 219 000 Mark durch die Garantienfonds gezeichnet werden. Dabei ist beabsichtigt, die minderbemittelten Zeichner zur Deckung des verbleibenden Gehaltbetrages überhaupt nicht heranzuziehen. — Ein nicht bestätigter Bürgermeister ist auch in Krefeld vorhanden. Ein dort erschienener Wahlaufruf des Zentrums war mitunterzeichnet von Dr. Urff, der als "begeordneter Bürgermeister" bezeichnet war. In einer Zentrumsversammlung, die Dr. Urff leitete, machte er darauf aufmerksam, daß diese Bezeichnung nicht völlig gerechtfertigt sei. Er ist zwar im Frühjahr 1898 von der Stadtverordnetenversammlung zum Begeordneten gewählt worden, aber die Entscheidung des Ministeriums ist noch nicht erfolgt. — Die Stadtvorordneten in Elbing beschlossen, für 125 000 Mark Aktien der projektierten Klein-

bahnen des Landkreises Elbing zu übernehmen.

### Deutschland.

Berlin, 15. Oktober. Der deutsche Kaiser wird in den Dardanellen von dem türkischen Minister des Äußern Tevfik Pascha und dem Vizepräsidenten des Staatsräths Said Pascha begrüßt werden. Die Einzelheiten des Programms für den Aufenthalt des Kaiserpaars in Konstantinopel werden wie folgt angegeben: Am 17. d. M. Vormittags 11 Uhr, erfolgt die Ankunft. Am Abend findet im Südpalais Brunnmahl statt, woran die Mitglieder der deutschen Botschaft, des deutschen Generalstabs, die in türkischen Diensten befindlichen Deutschen, sowie die Notabeln der deutschen Kolonie Theil nehmen. Am 18. ist Frühstück auf der deutschen Botschaft, Empfang der Abordnung der deutschen Kolonie, sowie Besuch der Kaiserin im kaiserlichen Harem. Am 19. folgt einritt um die Stadtmauer, Empfang des diplomatischen Corps, Bosporusfahrt auf der "Hohenzollern" oder der "Sultanie" und Abends Theatervorstellung im Südpalais. Am 20. folgt eine Fahrt auf der Anatolischen Eisenbahn nach der kaiserlichen Ziegelfabrik Herke. Am 21. findet Parade der Truppen vor dem Palais Hanecköll und nach dem Selamit, dem Kaiser Wilhelm nicht bewohnt, Abends Festmahl für das diplomatische Corps im Südpalais statt. Am 22. erfolgt nach einem Frühstück im kaiserlichen Palais von Dolma Bagische die Abreise der Majestäten. Viele Hunderte deutscher Touristen sind bereits in Konstantinopel eingetroffen; man erwartet noch eine weitere große Anzahl.

Beim Einzug des deutschen Kaiserpaars in Istanbul ereignete sich ein Zwischenfall, der erst heute bekannt wird. Als der Zug auf dem Ponte di Mialto vor dem Fischerplatz anlangte, warf sich plötzlich ein Mann ins Wasser und begann gegen die Kaiserfahrt hinzuschwimmen; er wurde herausgezogen, gehoben und schwamm wieder auf. Er wurde als ehemaliger General bei der "Droits de l'homme" bezeichnet, hat die Regierung weder bestätigt noch erkannt. Es scheint sich um einen Verrückten zu handeln.

Dänischgesinnte Frauen und Jungfrauen aus dem nördlichen Schleswig haben in den dänischen Zeitungen zur Einwendung von Beiträgen für einen silbernen Kranz, der auf den Sarg der verstorbenen Königin von Dänemark gelegt werden soll, aufgefordert. Der Oberpräsident, Staatsminister von Höller, hat nun den Frauen Assistenten in Habersleben und Adressen in Apenrade folgendes Schreiben durch die Landräthe übermitteln lassen: "Schleswig, 7. Oktober 1898. Sie und mehrere Damen fordern in den Zeitungen "Danneworte" und "Hejmdal" unter dem 30. v. M. zur Einsendung von Geldbeiträgen auf, welche für einen silbernen Kranz auf dem Sarge der Königin Luise von Dänemark verwendet werden sollen, und erklären dafür bereit, diese Beiträge im Empfang zu nehmen. Derartige Kolleven bedürfen meiner Erlaubnis zufolge § 1 der Polizeiverordnung vom 31. Januar 1892 (Amtsblatt S. 78 Nr. 200). Da Sie, wie ich annehmen will, nur aus Versehen meine Einwilligung nicht nachgebracht haben, so will ich Ihnen hiermit nachdrücklich ertheilen." Diese Art, die Übertretung von Verbitten zu rügen, findet sogar Anerkennung in der dänischen Presse.

Die Verfügung des Ministers v. d. Recke über den Waffengebrauch der Polizeibeamten findet selbst bei den "Grenzboten" wenig Beifall. Das gut sozialistfeindliche Blatt führt aus: Eine "Instruktion" dahin, daß ausnahmslos vor dem ernsthaften Gebrauch der Waffe, mag der Fall liegen, wie er will, blind geschossen und flach gebauen werden solle, wäre wörlisch gekommen sehr bedenklich; aber eine Instruktion, die wörlisch, gründlich und ausnahmslos Schreckschüsse und flache Tiefe verbietet, ist noch bedenklicher. Jeder erfahrene Landrat und Polizeiwalter wird das zugeben. Der Waffengebrauch der Polizei wird immer nach den besonderen Umständen eingurtht sein, unter allen Umständen aber wird man dabei das Vergehen von mehr Blut, und vollstens von mehr unschuldigem Blut, als nötig, zu vermeiden haben. Ganz gewiß kann durch Schreckschüsse und flache Tiefe eine hässliche Masse zu hartnäckigerem Widerstande herausgefordert werden und der Waffengebrauch dann um so blutigere Folgen haben; aber umgekehrt kann auch das Niederschießen und Niederwerfen, überhaupt das fließende Blut, die Gewaltthätigkeit und die Wuth erst zum Ausbruch bringen. Darüber sollte man in Preußen am Ende des neuzeitlichen Jahrhunderts eigentlich kein Wort mehr zu verlieren brauchen. Wir reden auch nur davon, weil einige Tageszeitungen geglaubt haben, der konserватiven Sache dadurch zu dienen, daß sie bedingungslos die schräge Auslegung des Erlasses, als ob nun immer sofort und ausnahmslos scharf in die Leute hineingeschossen und gehauen werden müßte, in den Himmel erhoben und jede Wahrung zur Vernunft und Menschlichkeit beim Waffengebrauch gegen Aufstände als demokratische oder gar sozialdemokratische Staatsfeindlichkeit zu verfechten scheinen. Mit aller Entschiedenheit legen wir gegen diese Verunglimpfungen des zeitgenössischen Konservatismus, von dessen weiterer Erfahrung alles abhängt, Verwahrung ein. Das "Forschtum" mit Blut und Eisen im Staatsleben macht nicht den Konservativen und nicht den reichen und kaiserfreudigen Politiker, aber der konservative Name wird dadurch bloßgestellt vor dem ganzen deutschen Volke, da der konservative Konservatismus heute mehr als jemals die dringende Pflicht hat, sich um das Panier des Reiches und des Kaiser zu sammeln. . . . Wenn man annehme, der moralische Eindruck, den der Erlass auf das Volk mache, wäre insofern von präventivem Werth, als nun der Fanagel sich hätten würden, sich der Aufsorderung, aus einander zu gehen, zu widerstehen, so wären das sehr unpraktische Illusionen. Abgesehen davon, daß das Auseinandergehen meist sehr viel leichter verlangt als selbst beim besten Willen gemacht ist — ein Umstand, der die Schreckschüsse der einschreitenden Polizei häufig nahe legt, — so denkt die leidenschaftliche, erregte und neugierige Masse, die bei diesen Affären hauptsächlich in Betracht kommt, an den "Erlass" überhaupt nicht. Vielleicht könnten eine Reihe sehr blutig ablaufender tumulte Eindruck machen, und es fehlt ja nicht an gebanntenlosen oder

schlechten Leuten, die den Wunsch nach solchen auch für ein Zeichen konservativer Gesinnung halten. Wer aber nicht gebanntenlos redet und nicht schlecht ist, der wird diese Pädagogik nicht guthießen. Will man Eindruck machen und unnötiges Blutvergießen vermeiden, so forge man für die rechtzeitige Bereitschaft möglichst reicher tüchtiger Polizeibeamten und für den intensiven Aufklärungsdienst, d. h. die sorgfältige Überwachung aller Borkommissionen und Beratungen, die zu Tumulten Veranlassung geben können, durch zuverlässige achtungswürdige Beamte. Die Mißgriffe der preußischen Polizeiverwaltung werden dem Minister wahrsaghaft Grundsatz genug zum praktischen Eingreifen. Mit "Erlassen" ist wenig gethan, wenn die hohen "Chefs" sich nicht mehr um den praktischen Dienst tief unten, auf den alles ankommt, kümmern. Und selbst wenn — was sehr unwahrscheinlich ist — der Erlass die Wirkung der durch ihn angeblich (?) verbotenen Schreckschüsse haben sollte, so wäre die traurige, aber ganz sichere Nebenwirkung immer noch tief zu befürchten, daß er viele Tausend gebildete, patriotische Männer in Deutschland unmöglich vor den Kopf stößt und noch viel mehr ganz bräue, aber leichtgläubige Arbeiter misstrauisch macht und der Sozialdemokratie ins Garn treibt.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Oktober. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident Graf Thun die Beantwortung der Anfrage über die Stellung, die das Auswärtige Amt zu der von Kaiser Nikolaus vorgelegten Friedenskonferenz einnehme: "Das Auswärtige Amt, das dem hochherzigen, außerordentlich menschenfreundlichen Gedanken sympathisch gegenübersteht, hat das Petersburger Kabinett davon verständigt, daß die österreichisch-ungarische Regierung, weit entfernt, einem solchen Plan irgend welche Hindernisse in den Weg zu legen, gern bereit ist, ihn nach Thunlichkeit zu fördern. (Beifall.) Wie ich wohl kaum befürchten herzuholen brauche, besteht zwischen unserem Auswärtigen Amt und mir vollste Übereinstimmung hinsichtlich dieser Auffassung. Die russische Regierung hat sich übrigens, wie auch aus den Tagesblättern bekannt ist, bei allen Regierungen mit ihrem Vorlage eine bestimmt sympathische Aufnahme zu erfreuen gehabt. Wenn ich auch die Schwierigkeiten nicht verkenne, die sich der Verwirklichung der großen Idee entgegenstellen, so möchte ich doch meine Ausführungen mit den wärmsten Wünschen für das Gelingen schließen." Ministerpräsident Graf Thun gab auf die Anfrage Cambinius über die Ausschreitungen in Parenzo eine Darstellung der Vorfälle, die weder auf politische noch nationale Beweggründe zurückzuführen seien. Die Anfrage bezüglich der Angriffe auf italienische Unterthanen werde er nach Sammlung der erforderlichen Daten beantworten. Bei den Ausschreitungen in Triest, wo die ersten bedauerlichen Unfälle stattfanden, dürfe der Umstand nicht außer Acht gelassen werden, daß während ganz Österreichs wegen des entzündlichen Ereignisses in Genf in tiefe Trauer versetzt worden sei, in Triest Verstüttungen stattgefunden, wodurch das Gefühl der Loyaltät und Anhänglichkeit an das Herrscherhaus an das tiefste verletzt sei. Er könne nicht unerwähnt lassen, daß der Regierung daran gelegen sein muß, die freundlichen Beziehungen, die die Monarchie mit Italien verbinden, ungetrübt zu erhalten. Die Regierung werde daher im Besonderen von diesem Standpunkt aus bemüht sein, Alles hintanzuhalten, was Störungen der freundlichen Beziehungen zur Folge haben könnte. Er werde in erster Linie alle Maßregeln treffen, durch die eine Wiederholung der Ausschreitungen gegen italienische Staatsangehörige aus österreichischem Gebiet verhindert werden könne. In zweiter Linie werde die Regierung gegen Alle, die sich solcher Angriffe gegen Italiener schuldig machen, mit vollster Strenge des Gesetzes einschreiten, um den Angegriffenen rasch und vollkommen Genugthuung zu geben. Nach der Beantwortung der Anfrage ging das Haus zur Tagesordnung über und setzte die Berathung über die kaiserlichen Verordnungen betr. das Budgetprovisorium fort. Zuvor erklärte Bro (Schönerer), seine Partei habe die Obstruktion nicht aufzugeben, könne sie nur nicht allein wirksam führen. Dies sei Schuld der anderen deutschen Parteien. Über das Budgetprovisorium sprachen Delbert und Grabmayr. Bei der Fortsetzung der Debatte betr. die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordnungen unmöglich. Der von der Regierung eingelegte Weg müsse zum Konsens mit der Verfassung führen. Die Verordnungen über das Budgetprovisorium sprach außer den Abgeordneten Devert (Deutschsprachig) und Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer), auch Sieger (Sozialdemokrat). Grabmayr erklärte, der verfassungstreue Großgrundbesitzer sei für Zuweisung der Verordnungen an den Budgetausschuß stimmen, doch sei das kein Beweis des Vertrauens zur Regierung. Die Begründung des staatlichen Organismus sei ohne Beseitigung der Sprachverordn

